



Schweiz. Städteverband
Monbijoustrasse 8
Postfach
3001 Bern

Zürich, 30. April 2019

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2018/1240 über die Einrichtung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Amstutz
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD danken wir Ihnen für Einladung zur Teilnahme am eingangs erwähnten Vernehmlassungsverfahren.

Die KSSD unterstützt den Ansatz, die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu fördern und dabei auch die Einführung des Schengen-weit operativen ETIAS.

Eine lückenlose Grenzkontrolle ist schwerlich in die Praxis umzusetzen. Somit behalten Massnahmen im Inland und damit auch die Tätigkeit der zuständigen Kontrollorgane von Kantonen und Städten ihre Wichtigkeit. Die in Art. 108e Abs. 2 lit. a Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) vorgeschlagene Regelung ermöglicht im Grundsatz kantonalen wie kommunalen Migrationsbehörden genau wie dem Staatssekretariat für Migration SEM Datenabfragen zum Zweck der Prüfung der Voraussetzungen für die Einreise und den Aufenthalt in der Schweiz. Die KSSD beantragt, dass hinsichtlich der Zugriffsberechtigungen keine zu restriktiven und einschränkenden Ausführungsbestimmungen erlassen werden (vgl. Ziffern 3.1.6 und 3.1.7 des erläuternden Berichts). Der Umfang der Abfragemöglichkeiten zwischen den verschiedenen Partnerorganisationen (SEM, fedpol, GWK, kantonale wie kommunale Polizeiorganisationen, Migrations- und Fremdenpolizeibehörden) sollte im Wesentlichen gleich sein. Zumindest sollte das Ergebnis der Abfragen so harmonisiert sein, dass auch für eine Behörde, welche für eine bestimmte Detailinformation keine Berechtigung verfügt, zumindest erkennen kann, dass ein Vorgang vorliegt. Es soll den involvierten Organisationen möglich sein, sich effizient bei Sachverhaltsklärungen zu unterstützen.



Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren
Präsidentin

Barbara Günthard-Maier

- Kopie:
- Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt
 - Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie der Stadt Bern
 - Direction de la sécurité et de l'économie Lausanne
 - Dicastero Sicurezza e Spazi urbani della Città di Lugano
 - Sozial- und Sicherheitsdirektion der Stadt Luzern
 - Direktion Soziales und Sicherheit der Stadt St. Gallen
 - Departement Sicherheit und Umwelt der Stadt Winterthur
 - Sicherheitsdepartement der Stadt Zürich
 - Schweizerische Vereinigung Städtischer Polizeichefs SVSP
 - Städtevereinigung der Schutz- und Rettungsorganisationen